

Dr. Reiner Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D – 80803 München

Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852/4
mail@reiner-bernstein.de

11. April 2011

Nahost im Bundestag
Bemerkungen zur Sitzung des Auswärtigen
Ausschusses am 06. April 2011

Am 06. April 2011 führte der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zu den Umbrüchen in der arabischen Welt durch. Hierzu waren eingeladen Dr. Mustafa Barghouthi, palästinensischer Präsidentschaftskandidat 2005 und Vorsitzender der „Palestinian National Initiative“; Dr. Rudolph Chimelli, Nahost-Spezialist der „Süddeutschen Zeitung“, die Professoren Dr. Gudrun Krämer, Islamwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin, und Dr. Volker Perthes, Direktor der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Berlin, sowie Dr. Hardy Ostry, Leiter des Regionalbüros Amman der „Konrad-Adenauer-Stiftung“.

Auf Einladung von Wolfgang Gehrcke MdB (DIE LINKE) habe ich für die Mitglieder des Ausschusses meine Einschätzungen zum Zusammenhang zwischen den arabischen Umbrüchen und dem israelisch-palästinensischen Konflikt vorbereitet. Sie sind im Anschluss an mein Resümee zur Anhörung beigefügt. Im Januar 2011 habe ich Wolfgang Gehrcke auf dessen Einladung nach Kairo, Damaskus, Amman, Tel Aviv/Jerusalem und Ramallah als Berater begleitet.

Es ist erst einige Wochen her, dass für den Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Mussa die arabische Seele aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit und allgemeinem Niedergang darniederliege. Doch gleichsam über Nacht haben sich die Wut und die Verzweiflung der Völker gegen ihre Autokraten und

Tyrannen gekehrt. Während der politische Westen Muammar Gaddafi fallenließ, brauchte es Wochen, bis er sich von Hosni Mubarak distanzierte, und von derselben Zurückhaltung profitiert bis heute Bashar Assad. Beide Potentaten galten und gelten als strategische Stabilisatoren in einer unruhigen Weltgend. An die Damaszener Adresse beschränkt man sich gegenwärtig auf die Empfehlung „politische Reformen“.

Israelische Komponenten

Mochte man glauben, die Bundeskanzlerin werde nach ihrem Besuch in Israel Anfang 2011 politische Akzente in Europa setzen, dass nämlich die Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts keinen weiteren Aufschub vertrage, so gaben die Äußerungen Angela Merkels auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Benjamin Netanyahu am 06. April in Berlin Anlass, den alten Boden unter den Füßen der pragmatischen Unverbindlichkeit wiederzuentdecken. Schon in ihrer Begrüßung ließ es sich Frau Merkel nicht nehmen, ihren Gast aus Jerusalem „ganz herzlich hier im Kanzleramt“ zu begrüßen.

Die israelische Presse hatte unter dem Titel „Das Telefonat“ zwischen einem Versöhnungstreffen beider Regierungschefs und der Fortsetzung des handfesten Krachs nach der Zustimmung Berlins zur Kritik an den Siedlungsaktivitäten am 18. Februar im UN-Sicherheitsrat geschwankt. Nun schloss Frau Merkel im Beisein Netanyahus die deutsche Anerkennung im der Herbst geplanten Proklamation des Staates Palästina nachdrücklich aus. Stattdessen will die Bundesregierung weiter am Konzept der Verhandlungen mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung entlang der Waffenstillstandslinien vor 1967 festhalten, ohne erklären zu können, wie dieses Ergebnis und in welchem Zeitrahmen zu erreichen sei – soll nicht das Zuwarten auf die Administration in Washington gemeint sein, wie es die Erklärung der EU-Außenminister vom 22. Februar vorschlägt. Doch die Administration beschränkt sich darauf, über den Siedlungsbau ihre „tiefe Sorge“ zu äußern. Deshalb sollte es nicht dazu kommen, dass Frau Merkels Verweis auf das deutsche Abstimmungsverhalten in New York als spätes Einverständnis mit dem US-Veto interpretiert wird.

Jedenfalls konnte Netanyahu sich hoch erfreut zeigen, dass er mit der Bundeskanzlerin „kaum einen (anderen) führenden Politiker in der Welt (kennt), der eine größere Unterstützung für unsere Sicherheit gezeigt hat“. Die Siedlungen seien „kein wirkliches, echtes Hindernis“ für eine Lösung, so Netanyahu, der ihre Aufhebung freilich mit der „Frage der gegenseitigen Anerkennung“, dem „Thema der Flüchtlinge“, dem „Thema der Grenzen“ und dem „Thema der Sicherheit“ verknüpfte – mithin die Gleichrangigkeit seiner Sicherheitsvorstellungen mit den anderen Konfliktfeldern ablehnte.

Heikle Zufriedenheit

Nach Aktuellen Stunden im Plenum des Bundestages zum Nahostkonflikt, Verabredeten Debatten zu Tunesien und Ägypten sowie einer Regierungserklärung des Außenministers zum „Umbruch in der Arabischen Welt“ mit anschließender breiter Aussprache zwischen Juni 2010 und März 2011 war der Auswärtige Ausschuss gut beraten, eigene Verlegenheiten bei der Würdigung der Vorgänge zwischen Marokko und Syrien durch die Einladung von Experten zu beheben. Tatsächlich ergab sich im Zuge der Präsentationen und der ihnen folgenden Frage- und Antwort-Runden ein beträchtlicher Zugewinn von Informationen und Eindrücken, von Zusammenhängen und für erste Hinweise auf politisches Handeln.

Wie nicht anders zu erwarten, lagen die Positionen der Abgeordneten im Ausschuss nicht weit auseinander. Denn durchaus einig waren sich die Obleute in der Billigung der deutschen Stimmenthaltung bei der Verabschiedung der Resolution 1973 im UN-Sicherheitsrat am 29. März wegen der militärischen Komponente, zumal da voraussehbar war, dass der Einsatz von westlichen Kampftruppen drohe, sollten Gaddafis Einheiten trotz aller internationalen Anstrengungen um eine Waffenruhe den Kampf gegen die politisch zerrissene und kaum organisierte Opposition fortsetzen. Kleinere Differenzen traten allenfalls auf bei der Bewertung der ägyptischen Moslembrüder und ihres

Verhältnisses zur demokratischen Willensbildung, bei der Reichweite der Geschehnisse in Syrien und bei der Rolle der Türkei als Regionalmacht. Die Zentralität des Verhältnisses zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels für eine Zwei-Staaten-Lösung ging unter. Achmadinedjads Iran war – was erstaunen mag – kaum der Rede wert. Dass die ägyptischen Frauen gemäß der Verfassungsreform vom 19. März nach wie vor auf die Gleichstellung warten sollen, fand lediglich bei einem Zwischenruf Erwähnung.

Am Ende der Befragungen konnte der Vorsitzende des Ausschusses Ruprecht Polenz zufrieden das grundsätzliche Einvernehmen unter den Beteiligten feststellen, dass der arabischen Welt seitens des deutschen Parlaments und der Bundesregierung erheblich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Wie hier, wäre zu ergänzen, sind auch Israelis und Palästinenser zu einer Lösung des Konflikts aus eigener Kraft unfähig. Von Syrien zu schweigen, ist auch in Kairo das letzte Wort nicht gesprochen: Die öffentliche Erregung über die widersprüchliche Politik des Obersten Militärrates hält an.

Westliche Missverständnisse

Aufgrund der Konzentration auf den arabischen Teil des Nahen Ostens hatte Mustafa Barghouthi keinen leichten Stand. Seit langem lassen sich im Urteil über den israelisch-palästinensischen Konflikt im Bundestag quer kaum Divergenzen ausmachen – sieht man zunächst von den Differenzen ab, die existentiellen Gefahren des Staates Israel abzuschätzen. Aber vor greifbaren Konsequenzen ist man in Berlin bislang zurückgeschreckt.

Dass die Regierungen in Jerusalem regelmäßig für die Sicherheit ihres Landes selbst sorgten, haben jüngste Presseberichte noch einmal bestätigt. Danach machen die Militärausgaben im Haushaltsjahr 2011 mit 53,4 Milliarden Neuen Shekel (rund 10,9 Milliarden Euro) knapp 20 Prozent des Staatshaushalts aus –

nicht eingerechnet Personal- und Pensionskosten, Rehabilitationsmaßnahmen für verwundete Soldaten, die Einberufung der Reservisten, Ausgaben für den Auslandsgeheimdienst „Mossad“ und den militärischen Abschirmdienst „Shavak“ sowie die Errichtung und den Erhalt der militärischen Infrastruktur. Die Stenografischen Berichte des Bundestages lassen jedes Wort zum essentiellen Anspruch auf Sicherheit vermissen, auf die die palästinensische Bevölkerung in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen seit Jahrzehnten wartet.

Ohne das tagtägliche Unrecht und die schweren Beeinträchtigungen noch einmal zu thematisieren, wiederholte Barghouthi die Sorge, dass die Westbank aufgrund der mit westlicher Hilfe konsolidierten Autonomiebehörde in einen Polizeistaat abzugleiten drohe und dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht länger durch die israelisch-amerikanische Brille gesehen werden möge. Zur Forderung nach der Zwei-Staaten-Lösung ließ Barghouthi keinen Zweifel aufkommen: „No compromise to compromise!“ Gleichzeitig distanzierte er sich von der westlichen Angst vor einem Wandel in der arabischen Welt und betonte, dass die Besatzungsmacht Israel kaum das Privileg verdiene, als demokratischer Staat bewundert zu werden.

Waren es politische Schamgefühle deutscher Mitverantwortung, dass die Mitglieder des Ausschusses auf beide Vorhaltungen nicht eingingen und sie damit den Eindruck erweckten, sie hinzunehmen? Wäre nicht zumindest die Diskussion über mögliche Wechselwirkungen zwischen den Vorgängen im arabischen Umfeld und den Reaktionen unter der palästinensischen Bevölkerung angebracht gewesen, wenn schon die Thematisierung der Resonanzen in der israelischen Bevölkerung ausgespart werden sollte?

Deutsches Zögern

Dass Mustafa Barghouthi zu Beginn seines Kurzreferats auf seine vorherige Begegnung mit Catherine Ashton hinwies, lässt hoffen, dass sich die EU-

Außen- und Sicherheitsbeauftragte einer solchen Zurückhaltung nicht befleißigte. Sie wäre schon deshalb unangebracht, weil sich die internationale Politik nach wie vor nicht zu der Entscheidung durchringen kann, wen sie mit „Israel“ denn meint – doch nicht etwa einen Außenminister Avigdor Lieberman, dem am 08. April in München die Ehre zuteilwurde, gemeinsam mit Ministerpräsident Horst Seehofer und Oberbürgermeister Christian Ude die Einrichtung des neuen israelischen Generalkonsulats zu feiern, und der die Europäer davor warnt, den Kontakt zu Hamas zu suchen. Schließlich verschafft ihm die Islamische Widerstandsbewegung das gewünschte Alibi, jeder palästinensischen Führung prinzipiell zu misstrauen?

„Die Okkupation frisst Israels Demokratie auf“, hatte uns im Januar der Generalsekretär des israelischen Teams der „Genfer Initiative“, Gadi Baltiansky, erklärt und uns die Gefahren der politischen Auszehrung vor Augen geführt. Die Mahnung sollte in Berlin und in Brüssel bitterernst genommen werden, damit sich die Diplomatie nicht erneut in sinnlosen Bemühungen um eine Lösung verstrickt und Europa weiter an den falschen Schrauben dreht. „Rettet unsere Demokratie!“, skandierten die 15.000 Teilnehmer auf der großen Friedensdemonstration in Tel Aviv wenige Tage später. Barghouthi sah in Berlin für sein Gemeinwesen dieselbe Gefahr, obwohl sich ihre Ursachen von denen in Israel grundlegend unterscheiden.

Das europäische Ringen um den Frieden im Nahen Osten ist kein einzigartiger Gunsterweis für die dort streitenden Parteien, sondern liegt im eigenen Interesse. Das Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts wird die politischen Umbrüche in der arabischen Welt nicht zwangsläufig beenden, wie uns manche selbsternannten Fachleute glauben machen wollen. Aber der nationale Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern nimmt jeder arabischen Regierung den Vorwand, die Regelung der schwerwiegenden innenpolitischen Probleme auf die lange Bank zu schieben oder gar *ad acta* zu legen.

Reiner Bernstein:

Beantwortung des interfraktionellen Fragenkatalogs für die Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

*Die Stellungnahme konzentriert sich auf Politik und Gesellschaft Israels
im regionalen Kontext.*

1. Wie gestaltet sich die aktuelle Lage in der Region, und welche Szenarien zeichnen sich ab?

Die Umbrüche im arabischen Raum haben unmittelbare Auswirkungen auf die Beziehungen zu Israel. Wenn die israelische Politik den Palästinensern nationale Souveränität und unabhängige Lebensfähigkeit weiter verweigert, wird die Isolation in der Region zunehmen – und damit die Abhängigkeit von den USA und von Europa vermehren. Der „arabische Frühling“ hat die Dringlichkeit für den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern verstärkt.

2. Wohin steuert die Demokratiebewegung Israels?

Die Demokratiebewegung befindet sich im Niedergang. Alle Daten – Beschädigung der Gewaltenteilung, Primat des Militärs, staatsbürgerliche Erziehung der Jugend, Kontrolle des gesellschaftlichen Geschehens durch die religiöse Orthodoxie, rechtsfreier Raum der Siedlerbewegung – gefährden den Anspruch als Wahrzeichen von Demokratie und Rechtsstaat in der Region. Die frühere Generalstaatsanwältin Yehudit Karp hat gegenüber dem Justizminister erneut beklagt, dass Entscheidungen der Gerichte von staatlichen Instanzen unterlaufen werden oder keine Beachtung finden.

Die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen, darunter die der deutschen politischen Stiftungen, wird mittlerweile durch Gesetze bedroht, die sie unter dem Vorwand der unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten politisch kontrollieren wollen. Ob und wie die Bundesregierung auf solche

Absichten reagiert, ist jenseits der inhaltlichen Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau vom 26. April 2010 nicht bekannt.

3. Was kann von außen getan werden, um Prozesse der Demokratiebewegung in Israel zu befördern?

Die größte Herausforderung besteht darin, die jüdische Bevölkerung von ihrer Psychose des ewigen Opfers und der daraus resultierenden Bereitschaft zum Gewalteininsatz zu befreien. Weitere Waffenlieferungen werden die Konjunktur hermetisch wuchernder Erregungszustände zusätzlich konsolidieren.

Entgegen der Zusage in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 sind die arabisch-palästinensischen Staatsbürger Israels auf einen Sekundärstatus festgelegt, gegenläufigen Empfehlungen zum Trotz. Als Antwort wollen Repräsentanten dieses Bevölkerungsteils die Anerkennung als nationale Minderheit durchsetzen: Der Sprengstoff hat sich nach innen verlagert – auf die Integrität des Staates. Die Forderung der Mehrheitsgesellschaft, ihn als jüdischen und gleichzeitig demokratischen Staat zu akzeptieren, hat die Lage zusätzlich dramatisiert. Nicht zuletzt an der Qualität der Beziehungen zwischen den jüdischen und den arabischen Staatsbürgern entscheiden sich die Aussichten auf eine friedliche Zukunft beider Völker insgesamt.

4. Welche Rolle spielt die jüdische Theologie in der Politik Israels unter Berücksichtigung moderater und extremer Kräfte?

Es gehörte zu den grundlegenden Fehleinschätzungen des politischen Zionismus, in Palästina ein säkulares Gemeinwesen aufbauen zu wollen und dabei die Traditionen des rabbinischen Judentums an den Rand zu drängen. Doch schon in der israelischen Unabhängigkeitserklärung, die den Neubeginn nach den Jahrhunderten des Exils in den Mittelpunkt stellte, traten die religiösen Komponenten deutlich hervor. Mit zwei kurzen Unterbrechungen saßen religiöse Parteien immer am Kabinetttisch. Voll setzte der Sieg einer exaltierten Deutung religiöser Texte nach dem Junikrieg ein. Selbst die

Arbeitspartei schrieb 1977 in ihr Wahlprogramm, „das Recht des jüdischen Volkes auf das Land Israel ist ewig“, und in „Judäa und Samaria“ dürfe es nur eine jüdische Souveränität geben.

Inzwischen haben solche Visionen den „Marsch durch die Institutionen“ abgeschlossen und sind mit den Anwälten einer extremistischen Politik eine Symbiose unter der Bezeichnung „Yeshiva-Nationalismus“ (Yoram Hazony) eingegangen. Sein Einfluss auf das Regierungshandeln ist enorm und unterscheidet zwischen politischem Frieden – dem Frieden von Menschenhand – und göttlichem Friede. So hat der in der Siedlung Itamar (bei Nablus) amtierende Rabbiner nach dem fünffachen Mord Mitte März 2011 – begangen vermutlich von einem Wanderarbeiter aus Asien – den Tod eines 11jährigen religiösen Jungen als Erfüllung der göttlichen Vorsehung gewürdigt. Die jüdische Aufklärung, eine analoge Frucht des europäischen 18. und 19. Jahrhunderts, ist vollends auf dem Rückzug.

5. Welche Rolle spielen konfessionelle Aspekte?

Die Zahl der Christen und die Gruppe „Jews for Jesus“ wachsen unter den

Einwanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vor allem durch US-amerikanische Missionsgesellschaften. Islamistischer Druck auf palästinensische Christen hat in Nazareth und in Bethlehem zu Ausschreitungen geführt. Politisch unterscheiden sich die palästinensischen Christen nicht von den nationalen Aspirationen der islamischen Mehrheit.

6. Welche Instrumente sollen Deutschland und die Europäische Union zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Israel und Palästina nutzen oder entwickeln?

Die palästinensischen Führungen in der Westbank und im Gazastreifen kommen um erhebliche Korrekturen nicht herum: Ende der internen Rivalitäten; freie Wahlen mit dem Ziel einer demokratisch legitimierten Regierung; Revisionen in der Rechtsprechung; Überwindung von Klientelismus und Korruption; Pressefreiheit und unbehinderter Meinungs austausch. In der

Westbank haben Ausbildung und Professionalisierung der Sicherheitsdienste in Abhängigkeit vom „US Security Coordinator“ (USCC) und dem „European Police Coordinating Office for Palestinian Police Support“ (EUPOL CORPS) Trends zum Autoritarismus gefördert. Ohne die Behebung der Fehlerquellen wird sich die Proklamation Palästinas als Eskapismus erweisen, weil er vor dem Anspruch auf „Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“ (Salam Fayyad) kapituliert hat. Zwei palästinensische Wissenschaftler haben den ökonomischen Neoliberalismus gegeißelt, der sich als nationale Befreiung ausbebe.

Sollte die Zwei-Staaten-Lösung endgültig scheitern, wird die internationale Staatengemeinschaft den Alternativen „binationaler Staat“, „unitarischer Staat“ oder einem dritten Modell gegenüberstehen: Danach würden Israelis und Palästinenser mehrheitlich in zwei Staaten leben, könnten aber zwischen dem

Mittelmeer und dem Jordan Wohnrecht mit doppelter Staatsbürgerschaft reklamieren.

7. Was bedeuten die Entwicklungen in der arabischen Welt für den Friedensprozess und die Sicherheit Israels?

Alle internationalen Vereinbarungen, Angebote und Verhandlungen, die den sog. Friedensprozess konstituierten, haben die strukturelle Asymmetrie zu Lasten der Palästinenser nicht aufgehoben. Ohne seine wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Komponenten zu beachten, wird „Sicherheit“ in Israel allein in militärisch-strategischen Kategorien definiert. Gewinnen Rechtsstaat und Demokratie im arabischen Umfeld die Oberhand, wird für die israelische Politik der Druck wachsen, die Integration in den Nahen Osten anzugehen. Dieser in Israel unerwünschte Dominoeffekt würde den Souveränitätsanspruch über die palästinensischen Gebiete tangieren.

**Die englische Übersetzung der Texte ist beim Autor abrufbar:
mail@reiner-bernstein.de**